

Empfehlungen

der fünften Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren



verabschiedet auf der Tagung
"Dialog mit der Wirtschaft"
vom 10. bis 12. Juni 1994 in Gießen



Veranstalter und Förderer

- * *Europäisches Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz*
- * *Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn*
- * *Gustav-Stresemann-Institut (GSI) e.V., Bonn*
- * *Stadt Gießen*
- * *Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), deutsche Sektion, Düsseldorf*
- * *Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten, Wiesbaden*
- * *Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel, Bremen*
- * *Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin*
- * *Ministerium für Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Kiel*
- * *Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Hannover*

Die fünfte Bundeskonferenz 1994 in Gießen setzte die schon zu einer kleinen Tradition gewordenen Zusammenkünfte der Nord-Süd-Foren und ähnlicher dezentraler Strukturen (erstmalig 1988 in Mainz) auf Bundesebene fort.

Diese wohl bedeutendsten Jahrestagungen des lokalen und kommunalen Bereichs waren immer eng verknüpft mit großen Erwartungen u. a. gerade auch an die jeweiligen „Abschlußklärungen von ...“, die zum großen Teil als Meilensteine für dieses Arbeitsfeld angesehen werden können bzw. in ihren Kernpunkten auch Stoff für national und international (Charta von Berlin, Towns & Development) weiterführende Diskussionen lieferten.

Auch in Gießen gelang es, den intensiven Meinungsaustausch mit großer Sachkenntnis und Fairness zu führen. Der auf den ersten Blick

schwierige Spagat vom Globalen zum Lokalen und zurück wurde durch die Basisnähe und das damit verbundene ständige Rückkoppeln zum örtlich Möglichen bzw. Nötigen gemeistert.

Dabei wurde sowohl für die Neuen wie auch für langjährig Teilnehmende deutlich spürbar, daß sich der lokale Bereich der Entwicklungszusammenarbeit offensichtlich verstärkt in Bewegung befindet. Diese als Umbruch skizzierte Situation war u. a. auch durch die vielen neuen Interessenten, die andere, weiterführende Ideen, Sichtweisen, Kommunikations- und Organisationsformen vorstellten und einbrachten, erfahrbar. Sie findet auch dadurch nach außen Ausdruck, daß diesmal keine „Abschlußklärung“ vorgelegt wird, sondern innerhalb eines Konferenzspiegels „Empfehlungen“ gegeben werden, die nach unserer Überzeugung der willkommenen neuen Vielfalt besser gerecht werden.

Weiteres besonderes Merkmal dieser Bundeskonferenz war die Konzentration auf ein Schwerpunktthema, den „Dialog mit der Wirtschaft“, begleitet von den wichtigen Überlegungen „zur Rolle der Medien“ (im Superwahljahr). Die trotz dieser vermeintlichen Beschränkung gezeigte Vielfalt innerhalb der Schwerpunkterörterungen war für die meisten Teilnehmenden dennoch verblüffend, obwohl man sich teilweise schon seit Jahren mehr oder weniger intensiv thematisch auf diese Bundeskonferenz vorbereitet hatte:

Gerade durch die aus den verschiedensten Blickwinkeln vorgetragenen Beiträge hochrangiger Vertreter und Vertreterinnen aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Kommunen, Wissenschaft, der Veranstalter und Förderer sowie nicht zuletzt den Teilnehmenden wurde ein ganzer Themenfächer geöffnet.

Diese Konferenz darf für den Bereich der lokalen und kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und weit darüber hinaus als eigentlicher Startschuß zu einer prozeßhaften, entwicklungsbezogenen Auseinandersetzung mit dem Thema „Wirtschaft“ gewertet werden.

Die Nord-Süd-Foren werden, lokal handelnd, am Thema und im Gespräch bleiben und dabei die globalen Aspekte nicht vergessen.

I. Dialog mit der Wirtschaft

I.A.: Einordnung der Thematik „Wirtschaft vor Ort“

Mit dem Versuch eines „Dialogs mit der Wirtschaft“ wollten die Nord-Süd-Foren und ähnlich dezentrale Netzwerke vor Ort in Gießen erstmals auf bundesweiter Ebene diskutieren, ob und wie „die Wirtschaft“ vor Ort als weiterer möglicher „Kooperations- oder gar Bündnispartner“ in Frage kommt. Die Definition des Begriffes „Wirtschaft“ wurde dabei sehr weit gefaßt und umfaßte neben den lokalen Wirtschaftsunternehmen oder Wirtschaftstätigkeiten im engeren Sinne auch den Dienstleistungsbereich sowie den informellen Sektor. Wie notwendig im Prinzip eine solche Auseinandersetzung mit der Wirtschaft vor Ort ist, wurde anhand weniger Zahlen verdeutlicht: So kumuliere sich die primär wirtschaftlich induzierte Dimension der Benachteiligung der Länder des Südens auf 500 Milliarden DM pro Jahr (1990), denen lediglich 54 Milliarden DM an weltweiter öffentlicher Entwicklungshilfe (ebenfalls 1990) gegenüberstehen. Für viele dieser wirtschaftlich bedingten Verzerrungen sind die Kommunen zwar kaum verantwortlich und in vielen Sektoren auch gar nicht handlungsfähig. Trotzdem gibt es für die dezentralen lokalen Netzwerke noch genügend Anknüpfungspunkte, mit der Wirtschaft vor Ort

in einen konstruktiv-kritischen Dialog zu treten. So zum Beispiel mit lokalen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Industrie- und Handelskammern oder Gewerkschaften, die Kontakte zu Ländern des Südens pflegen oder in entsprechenden Ländern selbst handelnd tätig sind. Kontakte können auch zu ganzen Industriezweigen wie der Kaffee-, Blumen-, Teppich-, Reise- oder auch der Möbelindustrie aufgebaut werden, deren globales wirtschaftliches Handeln sich fast überall lokal in irgendeiner Weise niederschlägt.

Die - allerdings nur spärlich - vertretenen Sprecher „der Wirtschaft“ wie zum Beispiel der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer (BDI, DIHT, BV deutsche Banken, BGA, AG der Ländervereine) kündigten in Gießen ihre Dialogbereitschaft an. Auf Dauer werde die Wirtschaft diesen Dialog auch führen müssen, meinte der Staatssekretär im hessischen Wirtschaftsministerium. Seiner Einschätzung nach wird es bereits in wenigen Jahren eine zunehmend große und gesellschaftlich relevante Gruppe kritischer Verbraucher in den Städten und Gemeinden geben, die zunehmend „ihre Kaufentscheidung“ nach umweltverträglichen und weltweit gerechten wirtschaftlichen Austauschverhältnissen ausrichten werden.

I.B. Praktische Erfahrungen mit der „Wirtschaft vor Ort“

Diese offensichtlich große Marktmacht der Verbraucher vor Ort gegenüber der Wirtschaft ist aber bislang noch nicht recht genutzt worden. So wurde in Gießen deutlich, daß bisher der „Dialog mit der Wirtschaft“ von Seiten der Foren nur in ganz wenigen Städten begonnen worden ist. Bei den meisten Teilnehmern aus den lokalen Netzwerken lagen überhaupt noch keine Erfahrungen im Umgang mit der Wirtschaft vor Ort vor. Um so interessanter waren dann die Berichte der wenigen Foren, die schon über entsprechende Kontakte verfügen und die im folgenden auszugsweise und sektorenspezifisch wiedergegeben werden:

1) Kaffeeindustrie: Hier ist der Dialog mit der entsprechenden Branche zum Teil schon sehr weit vorangeschritten. „Fair“ gehandelter Kaffee, der ohne Zwischenhandel den Kleinbauern in der Dritten Welt eine höhere Entlohnung sichert, findet in vielen Städten zunehmend Verbreitung. In einigen wenigen Kommunen wird sogar bereits ein eigener „Stadtkaffee“ angeboten, der gemeinsam mit den kommunalen Partnern im Süden vertrieben wird und mit einem besonders fairen Preis versehen ist. Neben einzelnen Kleinröstern zeigen nun auch mehr mittlere und größere Kaffeeröster vor Ort Interesse über diese „neue Form des ethischen Handelns“ nachzudenken und ihre Produkte stärker nach entwicklungspolitischen Kriterien auszurichten.

II. Umsetzung der lokalen Agenda 21 von Rio

Die lokalen Nord-Süd-Foren und ähnlich dezentral orientierte Eine-Welt-Netzwerke werden als ideale Partner angesehen, insbesondere das im Jahr 1992 in Rio beschlossene Kapitel 28 aus der Agenda 21 vor Ort umzusetzen. Die Zeit dazu drängt. Denn in diesem Kapitel 28 ergeht an die Kommunen und Bürgergruppen die ausdrückliche Aufforderung, bereits 1994 mit dem Prozeß einer öffentlichen bürgernahen Diskussion zu beginnen, damit die Gemeinden künftig ihre Politik umwelt- und entwicklungsverträglicher als bislang ausrichten können. Die Ende 1994 erscheinende Handreichung des Deutschen Städtetages könnte hier konkrete Impulse geben. Gestärkt werden könnten die Bemühungen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auch von Anträgen zur „Förderung der kommunalen Nord-Süd-Zusammenarbeit“, die dem Bundestag seit dem Sommer 94 vorliegen und deren Verabschiedung von den lokalen Foren und Netzwerken nachhaltig eingefordert wird.

Offen bleibt jedoch, ob die entwicklungspolitische Vor-Ort-Verantwortung bei allen Empfehlungen in bezug auf die Umsetzung der Agenda 21 von Rio auch gebührend berücksichtigt wird. So befürchten viele Insider der kommunalen Nord-Süd-Politik, daß die Entwicklungspolitik zu stark der Umweltpolitik untergeordnet und deshalb vor Ort keine tragende Rolle spielen wird. Aufgabe der Nord-Süd-Foren muß es deshalb sein, diese einseitige Ausrichtung zu verhindern und dafür Sorge zu tragen, daß beide Bereiche gleichberechtigt sind und sich gegenseitig ergänzen. Um dies zu erreichen, sollten möglichst viele ökologisch ausgerichtete Initiativen in die lokalen Eine-Welt-Netzwerke integriert werden, um von vorneherein ein gemeinsames und einvernehmliches Vorgehen bei der Umsetzung der Agenda 21 vor Ort zu garantieren.

III. Stärkung der kommunalen Netzwerke

Um die kommunale Entwicklungszusammenarbeit lokal, regional und auch international voranzubringen, sind neue Formen der Vernetzung nötig. So haben insbesondere die in Gießen zum ersten Mal auf einer Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren zahlreich vertretenen Süddelegierten eine neue Form der Zusammenarbeit und des Austauschs auf Nicht-regierungsebene und auf lokaler Basis vorgeschlagen. So sollten zum Beispiel weit mehr Dreieckspartnerschaften etwa zwischen einer französischen und deutschen Kommune (oder NRO) mit einer Süd-Kommune in einem ehemaligen Kolonialland ins Leben gerufen werden. Auch die bisherige Form der Forenbildung hierzulande sollte neu überdacht und nicht

einfach fortgeschrieben werden, da sich offenbar neue Konstellationen vor Ort ergeben haben, die möglicherweise eine neue Art der Netzwerkbildung erfordern. Dieser in Gießen nur ange-deutete Prozeß soll bis zur nächsten Bundeskonferenz ausführlich diskutiert und aufgearbeitet werden.

Auch die Vernetzung der Foren und der NRO auf Landesebene muß neu durchdacht werden, um keine kontraproduktiven Effekte hervorzurufen. Vorbild für eine landesweite Vernetzung der Nord-Süd-Foren ist zum Beispiel in Bayern die Arbeitsgemeinschaft der Nord-Süd-Foren und auf NRO-Ebene in Niedersachsen der Verein zur Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen und Zusammenarbeit (VEN). Langfristig ist anzustreben, daß in möglichst allen Bundesländern landesweite Nord-Süd-Foren Zusammenschlüsse entstehen, sofern deren Aufgaben nicht bereits von bestehenden NRO-Netzwerken ausgefüllt werden.

Um all diese Ziele jedoch auch umsetzen zu können, muß die institutionelle und finanzielle Förderung landesweiter oder internationaler Vernetzungen erheblich verbessert werden. Dies gilt insbesondere auch für die langfristige Absicherung des Europäischen Büros für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz; wobei es bundesweit als übergreifende, auch inhaltlich arbeitende, Anlaufstelle eine für die lokalen Nord-Süd-Foren und andere dezentrale Eine-Welt-Strukturen unentbehrliche Koordinierungs- und Beratungsfunktion wahrnimmt. Weiter spielt seine künftige Ausrichtung als Scharnier und Angebot von kommunalem zum lokalen Engagement eine bedeutende Rolle.

IV. Medienarbeit und Nord-Süd-Foren

In der Zukunft werden immer mehr Medien dem kommerziellen Diktat unterworfen sein. Für die weiter expandierenden privaten Medien gilt dies in ganz besonderem Maße. Eine problemorientierte, inhaltliche und vor allem kritische Berichterstattung vor Ort wird daher in der Zukunft immer schwieriger werden. Damit die Nord-Süd-Foren oder ähnlich dezentrale Netzwerke auch künftig mit ihren Anliegen in den Medien vor Ort Gehör und Aufmerksamkeit finden, sollten bei politischen Aktionen und Öffentlichkeits-Veranstaltungen folgende grundsätzliche Empfehlungen beachtet werden:

1) Mut zeigen, bei Öffentlichkeits-Aktionen auch einmal neue Formen (Talk-Runde, Straßendiskussion) oder gar spektakuläre Aktionen (großes Konzert, berühmte Persönlichkeit) zu erproben. Vom Rang der Persönlichkeiten her ist dabei eine gute Resonanz „vom Senator oder Staatsminister aufwärts“ zu erwarten. Der Öffentlichkeit und den Medien lieber eine große

und gut vorbereitete Aktion im Jahr anbieten anstatt viele kleine und durchschnittliche Veranstaltungen, die heute angesichts der breiten Angebotsvielfalt kaum mehr auf das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit stoßen.

2) Auf reine Vortragsveranstaltungen ohne Beiprogramm besser verzichten. „Eine-Welt“ bezogene Vorträge wenn möglich immer um musikalische oder kulturelle Elemente ergänzen.

3) In den Medien vor Ort persönliche Kontakte zu Redaktionen oder noch besser zu einzelnen interessierten Redakteuren („Stille Mitarbeiter“) herstellen. Persönliche Beziehungen führen in der Regel dazu, daß die Anliegen der Foren und Netzwerke ausführlicher besser oder regelmäßiger in die Medien gelangen.

4) Die Auseinandersetzung (gerade mit der Wirtschaft vor Ort) kann jedoch in den Medien dann schnell an Grenzen stoßen, wenn die Unternehmen selbst die Medien unter Druck setzen. Die in der Regel sehr guten persönlichen Kontakte der Wirtschaftsvertreter zu den Verlegern oder gar die Drohung eines Anzeigenbykotts können eine lokale Öffentlichkeitskampagne schnell zum Erliegen bringen. Je weiter und breiter aber die lokale Netzerkennung vorangeschritten ist, desto eher und erfolgreicher können hier vor Ort Gegenstrategien (zum Beispiel über die Gewerkschaften oder Betriebsräte in den kritisierten Unternehmen) entwickelt und auch umgesetzt werden.

5) Neben den Lokal- und Regionalredaktionen sollten gegebenenfalls auch überregionale Medien für die entwicklungspolitische Arbeit vor Ort angesprochen werden. Gerade bei besonderen Veranstaltungen der Foren oder Netzwerke können auch die überall vorhandenen Regionalbüros der Deutschen Presseagentur, Redaktionen der jeweiligen landesweiten Rundfunksender, landes- oder bundesweite Fachzeitschriften (wie die NRW-Zeitung „Eine Welt“ oder epd Entwicklungspolitik) oder auch das Dritte Welt Journalisten Netz e. V. (Kontakt Mekonnen Mesghena, Tel.: 0231/820420 angesprochen werden.

Weitere Informationen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und zur Arbeit der Nord-Süd-Foren sind zu beziehen über das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz, Gerold Weisrock, Postfach 38 20, 55028 Mainz.